

Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Kurt Rügsegger, SVP): Verkehrsberuhigung Brunnadern-/Elfenauquartier: offene Fragen!

Der Gemeinderat will das Brunnadern-/Elfenauquartier beruhigen und diverse Verkehrsbeschränkungsmassnahmen vornehmen. Es stellen sich nach wie vor diverse offene Fragen. Bereits früher musste das Thunstrasse-Projekt überarbeitet werden, weil das ASTRA mit den Auswirkungen des Projekts für den Verkehr nicht einverstanden war. Durch eine frühzeitige Kontaktaufnahme und die Vornahme der gebotenen Abklärungen hätten sich damals weitere Kosten und Umtreibe vermeiden lassen.

Auch bei der Vorlage Verkehrsberuhigung Brunnadern-/Elfenauquartier wurden wichtige Abklärungen unterlassen, Insbesondere hätten in diesem Fall – nach Auffassung des Fragestellers – das EDA und die für die Sicherheit der Diplomaten zuständige FEDPOL frühzeitig in das Projekt mit einbezogen werden müssen:

Gemäss den Bestimmungen des Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 24. April 1964 könnten die im Perimeter liegenden Botschaften Einwände vorbringen, dass sie durch die vorgesehenen Verkehrsbeschränkungsmassnahmen gravierende Nachteile für ihre Sicherheit erleiden. Durch die Verengungen und die «Berliner Kissen» wird der Verkehr im Bereich der Zufahrten zu den Residenzen und Botschaften gestaut. Hier können gefährdete Personen einfach attackiert werden. Da sich im Bereich/Anfahrtsbereich der Brunnadern- und Elfenstrasse viele Botschaften und Residenzen befinden, ist mit damit zu rechnen, dass diese gestützt auf die erwähnte Konvention berechnete Einsprachen erheben werden. Zudem ist zu befürchten, dass gewisse Fahrer dann in die kleinen Quartierstrassen ausweichen, um möglichst ohne Anhalten zur Botschaft/Residenz zu gelangen. Damit würde aber gerade der Schutz der Anwohner in den kleinen Quartierstrassen vor Verkehr durch die vom Gemeinderat beabsichtigten Massnahmen unterlaufen.

Im Rahmen der Sanierung Kirchenfeldbrücke fand – dem Vernehmen nach – mit dem EDA ein recht intensiver Austausch statt. Der Gemeinderat wird in diesem Zusammenhang höflich um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Nahm der Gemeinderat im Rahmen der Projektierung der beabsichtigten Verkehrsbeschränkungsmassnahmen auch Kontakt mit dem EDA, dem FEDPOL und/oder den im Perimeter liegenden Botschaften auf? Wenn ja, mit wem, was war das Resultat? Wenn nein, warum nicht?
2. Wird der Gemeinderat dies nachholen? Wenn nein, warum nicht? Riskiert der Steuerzahler mit diesem Vorgehen nicht wie in vielen andern Fällen, dass er sinnlose Planungskosten und Prozesskosten zahlen muss? Warum nicht?
3. Wie beurteilt der Gemeinderat das Risiko, dass die Diplomaten infolge ihrer sicherheitstaktischen Überlegungen – trotz allfälliger nach einem Monitoring erlassener Zufahrtsbeschränkungen («Zubringer») – vermehrt die kleinen Quartierstrassen benützen: Nimmt diese Gefahr nicht zu? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, welche Massnahmen würde der Gemeinderat dagegen ergreifen?

Bern, 03. Mai 2018

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz, Kurt Rügsegger

Mitunterzeichnende: Rudolf Friedli